

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung  
des Rates  
vom 19.12.2013**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 23:15 Uhr

**Anwesend sind:**

**Entschuldigt fehlen:**

**Einwohnerfragestunde**

Ein Rotenburger Einwohner fragt nach einer Begründung dafür, warum die Mitnahme von Hunden auf den Wochenmarkt nicht gestattet sei.

Der Bgm erklärt, dass dies aus hygienischen Gründen nicht zulässig sei. Dadurch sollen die Waren geschützt werden, die zum Verkauf ausliegen.

Da keine weiteren Anfragen vorhanden sind, schließt 1. stellv. RV Roß-Luttman um 19:48 Uhr die Einwohnerfragestunde.

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit** VorlNr.

---

Stellv. RV Roß-Luttman eröffnet die Sitzung und stellt die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Daraufhin bittet Bgm Eichinger Herrn Dipl.-Ing. Clemens Bumann vorzutreten. Der Bgm verliest die Ernennungsurkunde für Herrn Bumann zum Stadtamtsrat der Stadt Rotenburg mit Wirkung ab 01.01.2014. Er überreicht ihm die Urkunde und spricht seine Glückwünsche aus. Er heißt Herrn Dipl.-Ing. Bumann im Rathaus der Stadt Rotenburg (W.) herzlich willkommen.

Herr Bumann bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Er hoffe, dass er an die gute Arbeit seines Vorgängers anknüpfen könne und wünsche sich eine gute, langfristige und zielorientierte Zusammenarbeit.

Stellv. RV Roß-Luttman heißt Dipl.-Ing. Bumann in der Sitzung des Rates willkommen und wünscht ihm interessante Einblicke in seiner ersten Sitzung in Rotenburg (W.).

Daraufhin begrüßt Stellv. RV Roß-Luttman ganz besonders Herrn Verw.-Angest. Intemann und die Auszubildenden der Stadt Rotenburg (W.) als Gäste in der Sitzung.

---

**TOP 2      Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge** VorlNr.

---

Die Tagesordnung nebst Anträgen wird vom Rat festgestellt.

---

**TOP 3      Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2013** VorlNr.

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift vom 21.11.2013 wird bei 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

---

**TOP 4      Annahme und Weiterleitung von Zuwendungen (Spenden) über 2.000 Euro** VorlNr.  
0467/2011-2016

---

**Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig die Annahme und Weiterleitung der vorliegenden Zuwendungen (Spenden) von über 2.000 Euro aus dem 4. Quartal 2013 an die genannten Empfänger bzw. Institutionen:

Name der Zuwenderin/des Zuwenders	Anschrift	Geldleistung / Sachleistung	Wert in Euro	Hinweis zur Verwendung
Fa. Rendac Rotenburg GmbH & Co. KG	Hesedorfer Weg 76, 27356 Rotenburg	Geldleistung	6.000,00	Spende für Mulmshorner Vereine
Stadtwerke Rotenburg GmbH-Stiftung z. Förd. d. Sports u. d. Jugendarbeit	Mittelweg 19, 27356 Rotenburg	Geldleistung	7.000,00	Spende für die Sportförderung

---

**TOP 5      Änderung der Besetzung in Ausschüssen und anderen Gremien** VorlNr.  
0485/2011-2016

---

**Beschluss:**

Der Rat stellt einstimmig folgende Veränderungen der Besetzung in folgenden Ausschüssen und anderen Gremien fest:

**1. Schulausschuss:** für Chrysi Kalaitzi (Schülervertreterin) nun Tillmann Pott

**2. Aufsichtsrat der Stadtwerke Rotenburg (W.):**

Herr Heinrich Schröder scheidet als stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke aus.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig bei der Durchführung der Direktwahl 2014 eine mögliche Stichwahl auf den 15.6.2014 zu legen.

BG Weber trägt wie folgt vor:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste, liebe Azubis,  
nach der Wahl in den Stadtrat wurde ich gebeten den Bauausschussvorsitz für die SPD/Grüne-Mehrheitsgruppe zu übernehmen und fragte im Bauamt nach, wie es in Rotenburg um die Straßenbeleuchtung steht.

Mir wurde erklärt, dass man dabei sei, die Straßenbeleuchtung auf LED-Technik umzustellen und die ersten 80 Lampen zu erneuern, dafür ca. 50.000 € im Haushalt der Stadt eingeplant habe.

So begann ich mich erstmals mit der Situation zu beschäftigen und stellte fest, dass wir ca. 3.000 Lampen in der Stadt Rotenburg und den Ortschaften haben. Dass die Lampen ca. 100 Watt pro Lampe verbrauchen und von Jahr zu Jahr die Lichtqualität immer schlechter wird, der Verbrauch dafür immer höher steigt, die Energieeffizienz dadurch bedingt auch immer schlechter wird.

LED haben eine längere Haltbarkeit als die bisherigen Lampentechniken mit Halogen, Natrium-Dampf oder Quecksilber-Dampf und verbrauchen mindestens 60 % weniger an Energie, wenn man das Licht sogar mit einer Zeitschaltuhr unterschiedlich hell regeln kann und die Lichtfarbe einstellen kann.

Lauter Vorzüge also, nur bei einer Umstellungsrate von 80-100 Lampen pro Jahr hätte die Umstellung 30 Jahre insgesamt gedauert

So haben wir in unserer Mehrheitsgruppe sehr konstruktiv diskutiert und sind zu der Überzeugung gelangt, die Umstellung der Lampen vorzufinanzieren (eine Förderung von über 110.000 € ist uns in der Zwischenzeit vom Wirtschaftsministerium in Hannover zugesagt worden) und die Investivmittel über die Einsparungen zu refinanzieren, damit ca. 1.500 kwh am Tag weniger zu verbrauchen, eine Einsparung von 400 €/Tag x 200 Tage, 300.000 kwh und damit ca. 80.000 € pro Jahr einzusparen und damit gleichzeitig die Umwelt nicht mehr zu belasten, weniger CO<sup>2</sup> zu produzieren, dem Klimawandel vorzubeugen, die Energiewende damit zu erleichtern und gleichzeitig mehr Freiraum im eigenen Haushalt zu schaffen. Dies mit dem Nebeneffekt das Licht besser zu steuern, weniger Lichtsmog zu erzeugen und das Licht farblich angenehm in Wohngebieten zu gestalten. Im Übrigen ist auch erwiesen, dass eine warmweiße Beleuchtung Aggressivität von Menschen reduziert. Ein vermutlich zusätzlich positiver Effekt.

In diesem Zusammenhang haben wir aus guten Erfahrungen anderer Gemeinden vorgeschlagen zu prüfen, ob die Stadt nicht auch den gesamten Unterhalt und damit auch das Eigentum an der Straßenbeleuchtung an die Stadtwerke abgeben könne und nur noch Licht einkauft und keinen Strom mehr.

Das Ergebnis dieser Prüfung ist nun für uns keine Überraschung, doch für uns alle ein Segen:

1. Die Stadt erhält für den ersten Teil-Verkauf im Jahr 2014      300.000 € von den Stadtwerken;

2. Die Stadt erhält für den zweiten Teil-Verkauf im Jahr 2019 weitere 400.000 € von den Stadtwerken;
3. Das Bauamt der Stadt wird von Verwaltungsaufgaben entlastet und kann sich um wichtigere Dinge kümmern;
4. Die Stadtwerke brauchen beim Eigenverbrauch des Stroms keine Steuern mehr zahlen (8 Cent pro kWh und auch keine EEG-Umlage mehr); dadurch spart die Stadt 50.000 € Steuern ein, was der Stadt im konsumtiven Haushalt zusätzlich zu Gute kommt.

Die Stadtwerke werden zusätzlich beauftragt in den kommenden 5 Jahren alle Lampen durch energieverbrauchsintensive Lichtpunkte durch LED-Leuchten auszutauschen, und die Straßenbeleuchtung mit selbst produziertem Strom (Solarstrom, BHKW etc.) oder ersatzweise Ökostrom zu betreiben.

Ich danke der Stadt und den Stadtwerken für die Aushandlung dieses guten Vertrages, der für beide Parteien eine win-win-Situation darstellt. Denn auch die Stadtwerke und damit auch die Stadt profitieren von diesem zusätzlichen Betriebszweig. Ich danke aber auch allen Mitgliedern unserer Mehrheitsgruppe, die sich so intensiv an der Antragsformulierung und Diskussion beteiligt haben. Wir hatten uns in der Mehrheitsgruppe in unserer Koalitionsvereinbarung vorgenommen, ökologisch sinnvolle Maßnahmen einzuleiten, sparsam zu sein und den Schuldenberg von mehr als 22 Mio. € abzubauen.

Mit dieser Maßnahme erreichen wir dieses in frappierend nachhaltiger Form.

Einmalig 700.000 € für den Verkauf der Lampen, damit eine Entlastung des Haushaltes in dieser Höhe, 80.000 € pro Jahr weniger für Stromverbrauch und 50.000 € pro Jahr weniger an Steuern.

SPD und Grüne haben hier im Stadtrat bewiesen, dass wir kreativ, innovativ, kostensparend, besonnen und vorausschauend Politik zum Wohle der ganzen Stadt machen. Von Oliver Credo wurde der Ratsantrag sogar als „pfiffig“ gelobt. Das kann ich hier nur bestätigen. Wir werden weiterhin nach solchen guten Lösungen suchen und laden alle gerne ein, sich daran zu beteiligen.“

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig, mit den Stadtwerken einen Vertrag über den Kauf und Betrieb der Straßenbeleuchtung in der Stadt Rotenburg (Wümme) auf der Basis des vorliegenden Vertragsentwurfes zu schließen.

---

## **TOP 8      Änderungen und Laufzeitverlängerung der städtischen Vergaberichtlinien**

VorlNr.  
0446/2011-2016

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig die vorliegende 2. Änderung der Richtlinien der Stadt Rotenburg (W.) für die Vergabe von Aufträgen (Vergaberichtlinien) und ermächtigt den Verwaltungsausschuss, über die Höhe der Wertgrenzen in einer 3. Änderung der Vergaberichtlinien zu entscheiden.

**TOP 9 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rotenburg (Wümme) vom 03.11.2011; Antrag der CDU-Fraktion vom 29.10.2013 sowie weiterer rechtlicher Änderungen**

VorlNr.  
0453/2011-2016

---

BG Leefers führt aus, dass man sich in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 11.12.13 über die Einrichtung einer 3. Stellvertretung für den Bürgermeister nicht einig werden konnte. Daraufhin habe er den Antrag der CDU-Fraktion auf Änderung des § 17 der Hauptsatzung zurückgezogen.

Er habe der Mehrheitsgruppe anheim gestellt, nach Prüfung der Angelegenheit selbst einen Antrag einzubringen. Von der CDU-Fraktion werde es diesbezüglich keinen Antrag mehr geben.

Bgm Eichinger weist darauf hin, dass nun nur über die Änderungen im § 21 der Hauptsatzung entsprechend der Beschlussempfehlung des VA vom 11.12.13 abzustimmen sei.

**Beschluss:**

Aufgrund des § 12 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zurzeit gültigen Fassung beschließt der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) einstimmig die 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rotenburg (Wümme) vom 03.11.2011 auf der Basis der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vom 11.12.2013.

**TOP 10 Satzung zur Änderung der Marktsatzung**

VorlNr.  
0473/2011-2016

---

BG Weber berichtet von einem Gespräch mit einem der Marktbeschicker. Dieser habe von einer Abstimmung unter den Marktbeschickern erzählt, bei der die Mehrheit gegen eine Verlängerung der Marktzeit bis 13 Uhr gestimmt habe, da sich dadurch deren Arbeitszeit verlängern würde. Als Kompromiss sei die Zeit bis 12.30 Uhr vorgeschlagen worden. Der Marktbeschicker habe kritisiert, dass sie insgesamt sehr wenig in der Sache beteiligt worden seien. Da dieser Einwand nun im fortgeschrittenen Verfahren erst erfolge, schlägt BG Weber vor, die Beschlussfassung vorlagegemäß durchzuführen, jedoch zu ergänzen, dass in einem halben Jahr eine erneute Prüfung der Angelegenheit (Öffnungszeit) erfolgen soll.

Bgm Eichinger weist darauf hin, dass die Stadt einen eigenen Marktmeister habe, der natürlich Gespräche geführt und die Marktbeschicker beteiligt habe. Er ist der Meinung, es sollte sich nun nicht auf die Aussage eines einzelnen Marktbeschickers gestützt werden

Stellv. RV Roß-Luttman bittet kurz darauf um Abstimmung gemäß der Vorlage mit der Ergänzung von BG Weber auf erneute Beratung der Angelegenheit in einem halben Jahr.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt mit Ergänzung einstimmig die vorliegende Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Wochenmärkte und Jahrmärkte (Marktordnung). Der Beginn der Öffnungszeiten wird auf einheitlich 7:00 Uhr festgelegt und das Ende von 12 Uhr auf 13 Uhr festgelegt.

In einem halben Jahr erfolgt eine erneute Beratung über die Öffnungszeit der Märkte.

**TOP 11 9. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung**

VorlNr.  
0471/2011-2016

---

**Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig die 9. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) in der vorliegenden Fassung.

**TOP 12 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum**

VorlNr.  
0394/2011-2016

---

Bgm Eichinger berichtet einfürend von der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses, die Angelegenheit um ein Jahr zurück zu stellen. Im Haushalt 2014 sei somit der Betrag in Höhe von 500.000 Euro nicht mehr enthalten.

BG Schaarschmidt spricht den als Anlage zu diesem Protokoll beigefügten Wortbeitrag (s. Anlage 1). Er bittet anschließend darum, den Beschlussempfehlungen zu folgen.

BG Leefers berichtet von der ausführlichen Diskussion im Verwaltungsausschuss, in der die CDU-Fraktion die Einstellung des Betrages von 500.000 Euro mit dem Sperrvermerk „Freigabe durch den VA“ beantragt habe, der Antrag aber mehrheitlich abgelehnt worden sei. Nun seien im Haushalt 2014 keinerlei Mittel für den Fall vorgesehen, dass im kommenden Jahr doch noch der Bedarf für die Umsetzung der Richtlinie gesehen werde. Er sei nach wie vor der Meinung, dass man sich diese Option offen halten sollte. Eingestellte Gelder seien schließlich nicht gleich ausgegebene Gelder.

Da sich das Haushaltsvolumen 2014 durch einen neu eingebrachten Antrag des Bgm zur IGS an der Theodor-Heuss-Schule stark verändern könnte, stellt er seiner Fraktion anheim, die Entscheidung der Mehrheitsgruppe mit zu tragen oder sich bei der Abstimmung zu enthalten.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt bei 6 Enthaltungen einstimmig, die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum um ein Jahr zurück zu stellen.

**TOP 13 LEADER-Region "GesundRegion Wümme-Wieste-Niederung"**

VorlNr.  
0424/2011-2016

---

BG Leefers führt kurz zum Sachverhalt aus. Er befürworte die GesundRegion und unterstütze die Aufnahme der Kernstadt Rotenburgs in das Förderprogramm. Bisher hatten sich nur die Ortschaften Rotenburgs daran beteiligt.

RF Dembowski hält den Ablauf der Förderperiode für einen guten Zeitpunkt, für die doch recht ansehnlichen Ergebnisse aus der Förderperiode, auch einmal einen Dank an alle Ortsräte, Vereine und Ehrenamtlichen auszusprechen. Die neue Förderperiode werde andere Schwerpunkte enthalten. Dies habe damit zu tun, dass auch die EU in vielen Bereichen andere Schwerpunkte festsetze. Nach kurzer Ausführung dazu, fordert sie die Ortschaften und die Stadt Rotenburg auf, weiterhin „Sitzfleisch zu investieren“, denn es lohne sich, dieses Regionale Entwicklungskonzept weiter zu verfolgen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig, die Stadt Rotenburg (Wümme) wird die Zusammenarbeit mit den Kommunen der GesundRegion Wümme-Wieste-Niederung mit dem Ziel fortsetzen, auch für die nächste Förderperiode als LEADER-Region aufgenommen zu werden.

Soweit es die Förderrichtlinien erlauben sollte Rotenburg sich nicht nur mit den Ortschaften, sondern auch mit der Kernstadt beteiligen.

BG Weber trägt wie folgt vor:

„Sehr verehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste!

Die Straße Hemphöfen und Wallbergstraße waren bei der Bauplanung und nach der Ausführung seit 2006 ein großer Streitpunkt zwischen Anwohnern und der Stadt.

Die zwischen den Asphaltflächen vorhandenen Kopfsteinpflasterflächen mit sog. „Katzenköpfen“ verursachten einen erheblichen Lärm und Erschütterungen bis in die Wohn- und Schlafzimmer der Anlieger auch der Pflegestation des Matthias-Claudius-Heimes, wenn Fahrzeuge darüberfuhren. Weiterhin wurden Fahrradfahrer zusätzlich veranlasst, die engen Gehwege zu benutzen, wodurch zahlreiche Gefahrensituationen für Fußgänger, Hausbewohner beim Verlassen der Häuser und sogar auch Verkehrsunfälle mit Personenschäden zustande gekommen waren.

Eine Anliegerinitiative aus dem Hemphöfen hat schließlich bei Manfred Radtke und mir zunächst und schließlich in der gesamten Mehrheitsgruppe von SPD und Grünen ein offenes Ohr gefunden, die schließlich den Ratsantrag am 17.1.2012 stellten,

gegen den erbitterten Widerstand des Bürgermeisters, der bis zum Bauausschuss am 17.9.2013 trotz unseres Umbauantrages immer wieder in der Beschlussvorlage den Nicht-Umbau vorschlug, und aller aus der Opposition bis auf Alexander Moor von der FDP.

Ich erinnere mich noch zu gut an die emotionsgeladenen Reden gegen den Rückbau der Kopfsteinpflasterflächen, sogar eine namentliche Abstimmung wurde von der CDU dazu gefordert.

Im ersten Anlauf war es uns nicht gelungen, die erforderliche Mehrheit zusammen zu bringen. Wir waren aber hartnäckig und haben nach einer 4 Monats-Karenzzeit den Antrag erneut gestellt. Nun ist es endlich geschafft, die ersten drei Flächen sind asphaltiert, Ruhe für die Anlieger ist hergestellt, man kann wieder ruhig schlafen und muss keinem Radfahrer auf dem Gehweg ausweichen oder kann sein Haus wieder einigermaßen sicher verlassen. Die Maßnahmen kosteten sogar nur 20.000 €

Wie kam diese Wende zustande?

Nachdem ich einen Vorort-Termin als Bauausschussvorsitzender organisiert hatte und dort die Belastungen nochmals von allen erlebt und von den Anliegern eindrucksvoll geschildert worden waren, kam eine erstaunliche 180°Wende von Hartmut Leefers. Hartmut, da bin ich dir noch heute sehr dankbar für, dass du diese mutige Entscheidung dann auch da vorgetragen hast und zunächst im Bauausschuss und dann im Verwaltungsausschuss eine Fahrradstraße vorgeschlagen hast.

Man könnte es spaßig auch als eine „Rückwärtsrolle“ bezeichnen, um Ihre Worte, Herr Leefers, einmal aus vergangenen Sitzungen zu nutzen.

Der Vorschlag, die erste Fahrradstraße in Rotenburg – ausgerechnet im Hemphöfen, wo doch recht wenig Radverkehr ist, wo kein vernünftiger Anschluss in der Nordstraße vorhanden ist und eine wichtige Verbindungsfunktion kaum ersichtlich ist, vorzuschlagen, war schon sehr mutig. Dafür danken wir Ihnen Herr Leefers von ganzem Herzen auch im Namen der vielen Anwohner.

Wir haben dem sofort zugestimmt, weil damit der Weg auch frei war, die Kopfsteinpflasterflächen im restlichen Straßenabschnitt Hemphöfen einschließlich des Tropfens in der Nödenstraße zurückzubauen. Glücklicherweise wurde der Vorschlag auch vom Radverkehrskonzept der PGV, was auch SPD/Grüne mit Antrag vom 12.1.2012 durchgesetzt haben und schon mehrere Jahre von den Grünen vor allem von Manfred Radtke verlangt worden war, abgedeckt. Dieses wurde erst wenige Tage später veröffentlicht, deren Inhalte noch niemand kannte. Die Straße Hemphöfen wurde auch dort als fast einzige Fahrradstraße vorgeschlagen.

Wir freuen uns für die Anlieger, dass endlich die Vernunft gesiegt hat und bitten nunmehr alle, dem Umbauvorschlag der Verwaltung zuzustimmen, damit in dieser Straße endlich Ruhe einkehren kann und die Anlieger ihre diesbezüglich verlorene Lebensqualität wieder zurückgewinnen. Dies ist ein schönes Beispiel, wie auch fraktionsübergreifend ein positiver Beschluss (hoffentlich) gefasst werden kann.“

Der Bgm stellt in Bezug auf die Aussage, er habe erbittert Widerstand gegen einen Ausbau der Straße geleistet, klar, dass er derjenige gewesen sei, der das Lärmgutachten in Auftrag gegeben habe. Er habe der Mehrheitsgruppe davon abgeraten, sich nur auf die subjektiven Wahrnehmungen der Anwohner zu verlassen. Das Lärmgutachten habe ganz eindeutig festgestellt, dass ein Rückbau nicht notwendig gewesen wäre. Dies sei nach wie vor der Hintergrund für ihn, warum er von dem Bauvorhaben nicht überzeugt sei. Dies zeige für ihn nur, dass jeder, der ein Gutachten o. ä. in Rotenburg vorlege, damit nichts bewirke.

BG Leefers führt ebenfalls dazu aus und weist dabei auf die Beschlussfassung des Rates aus dem Jahr 2006 hin, die Straße so auszubauen, wie sie viele Jahre gewesen sei. Viele der Ratsmitglieder seien damals noch nicht im Rat gewesen. Seine jahrelange Erfahrung zeige, dass man es eben nicht jedem rechtmachen könne. Die Mehrheitsgruppe habe bei der Ratsabstimmung auf ihren ersten Antrag nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen bekommen. Beim zweiten Versuch, einige Monate später, sei eine erneute Diskussion entstanden. Die CDU-Fraktion habe die Auffassung vertreten, dass die Straße nicht zurückgebaut werden sollte. Er habe somit begonnen, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen, um Allen weitgehend gerecht werden zu können. Im Übrigen hätte man bei einem klassischen Rückbau der Straße den sogenannten „Tropfen“ nicht entfernt bekommen. In der Sitzung des Ausschusses für Straßen- und Tiefbau habe er nach einer Lösung für eine Straße gesucht, in der Radfahrer den Vorrang haben. Dort sei für ihn erstmalig der Begriff der „Fahrradstraße“ von StAR Lohmann gefallen. Die Idee der Fahrradstraße war geboren, jedoch nicht neu erfunden. Es sei wunderschön, dass man nun etwas Neues für Rotenburg geschaffen habe. Es sollte nicht mehr entscheidend sein, wer „das Rad erfunden habe“. Er bittet, der Sache so zuzustimmen.

BG Radtke führt daraufhin zum Lärmgutachten aus, dass dieses einen Wert von über 90 Dezibel ausgewiesen habe. Dies sei ein Wert, weit über dem, was gesundheitlich zumutbar sei. Er habe deshalb eine Verpflichtung der Stadt gesehen, hier zu handeln.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt zur Ausweisung der Straße „Hemphöfen“ als Fahrradstraße einstimmig:

1. den Rückbau sowie die Asphaltierung folgender Kopfsteinpflasterflächen:
    - a) im Bereich des Grundstücks „Hemphöfen 2“
    - b) im Bereich der Grundstücke „Hemphöfen 1a / 3“
    - c) im Bereich des Grundstücks „Hemphöfen 9“
  2. eine Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Hemphöfen/Wallbergstraße, dergestalt, dass dem Fahrradverkehr im Straßenverlauf „Hemphöfen“ mittels großen grauen Betonsteinen eine ebenerer Fahrbahnabschnitt in der Kreuzung ermöglicht wird,
  3. eine Umgestaltung des Einmündungsbereiches Nödenstraße/Hemphöfen unter Entfernung des sogenannten „Tropfens“
- und
4. die entsprechenden Haushaltsmittel hierfür bereitzustellen.

**TOP 15 Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2011 und Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsführung des Haushaltsjahres 2011**

VorlNr.  
0379/2011-2016

---

Bgm Eichinger entfernt sich wegen Befangenheit vom Plenum.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2011. Dem Bürgermeister wird für die Haushaltsführung (Jahresrechnung) des Haushaltsjahres 2011 gemäß § 129 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vorbehaltlos Entlastung erteilt.

**TOP 16 Ratsantrag zur Schuldentilgung; Antrag der FDP vom 16.09.2013**

VorlNr.  
0413/2011-2016

---

RH Moor äußert, er finde es sehr schade, dass keine Möglichkeit für diese Schuldentilgung gesehen werde und dass die Empfehlung der Verwaltung sei, den Antrag abzulehnen. Der nachfolgenden Generation überlasse man viele Schulden, dies zu erklären, halte er für sehr schwer.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt bei 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich, den Antrag der FDP vom 16.9.2013 zur Schuldentilgung abzulehnen.

**TOP 17 Antrag der IG-CityMarketing in Höhe von 10.000 € für ein Gutachten zur Überprüfung und Entwicklung des Wochenmarktes**

VorlNr.  
0460/2011-2016

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig, einen Gesprächskreis zu gründen, der Vorschläge zur Attraktivitätssteigerung des Rotenburger Wochenmarktes erarbeiten soll. Am Gesprächskreis beteiligt werden Vertreter/innen der Marktbesucher, der Verwaltung, des WiFö-Ausschusses, der IG CityMarketing, des VTS Rotenburg, der Fa. Borco Höhns und andere externe Fachleute.

Zur Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge werden im Haushalt 2014 10.000 Euro mit einem Sperrvermerk „Freigabe durch den Verwaltungsausschuss“ vorgesehen.

**TOP 18 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014 und Stellenplan 2014**

VorlNr.  
0469/2011-2016

---

Bgm Eichinger führt wie folgt aus:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

am 29.10.2013 habe ich meinen Haushaltsentwurf in den Rat eingebracht. In den letzten Wochen haben Sie dann hierüber in Ihren Fraktionen und den Fachausschüssen beraten. Vor Ihnen liegen nun der Gesamtergebnisplan und der Gesamtfinanzplan, wie sie vom Finanzausschuss und Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung empfohlen wurden. Die in den Fachausschüssen eingebrachten Änderungen bzw. Ergänzungen sind in einer Aufstellung zusammengefasst, die Ihnen ebenfalls vorliegt. Nennen möchte ich an dieser Stelle lediglich einige herausgehobene Positionen.

Das größte Einsparvolumen mit 500.000 € wurde durch die Streichung der Mittel für ein städtisches Wohnraumförderprogramm erzielt. Finanzausschuss und Verwaltungsausschuss haben beide einstimmig empfohlen, dieses Förderprogramm zunächst bis auf weiteres um 1 Jahr zurückzustellen und die 500.000 Euro nicht in den Haushalt einzustellen. Vom Grundsatz her wird das von mir eingebrachte und im Arbeitskreis modifizierte Förderprogramm jedoch durchaus von allen für sinnvoll angesehen. Andererseits sollten städtische Mittel für die Wohnraumförderung nur nachrangig – nach Bundes- und/oder Landesmitteln - eingesetzt werden. Nachdem nun die große Koalition in ihre Koalitionsvereinbarung auch die Förderung von bezahlbarem Wohnraum aufgenommen hat, soll zunächst abgewartet werden, wie sich diese Förderung auf den sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen auswirkt. Aufgeschoben ist also nicht aufgehoben.

Eine weitere wesentliche Verbesserung sind 300.000 € Einnahmen aus der gerade beschlossenen Übertragung der Straßenbeleuchtung auf die Stadtwerke. Es handelt sich hierbei um den vorläufig ermittelten Restbuchwert der Anlage.

Diese beiden Verbesserungen reduzieren den Kreditbedarf um 800.000 €. Im Ergebnishaushalt - der ja für den Ausgleich des Haushalts maßgebend ist - wirken sich dann noch 250.000 € Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens „Erschließungsbeiträge für Straßenbeleuchtungsanlagen“ ertragsverbessernd aus.

Ansprechen möchte ich an dieser Stelle auch die Kreisumlage und den Grundbetrag pro Einwohner für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Der Kreistag hat gestern abschließend über die Höhe des Kreisumlagehebesatzes entschieden und den Hebesatz entgegen seiner Prognose im Vorbericht zum Kreishaushalt 2013 leider nicht um einen Prozentpunkt gesenkt. Der von mir im Finanzausschuss eingebrachte höhere Ansatz von 190.000 € für die Kreisumlage muss daher nach wie vor im Haushalt verbleiben.

Hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen hingegen wurde die vom Kämmerer schon sehr optimistisch geschätzte Prognose zum Glück sogar noch übertroffen. Wir können hier gegenüber dem ursprünglichen Entwurf 136.000 € mehr einplanen. Im Gegenzug muss dann allerdings noch der Ansatz für die Kreisumlage um weitere 60.000 € erhöht werden.

Netto kommt es aber hierdurch zu einer Verbesserung in Höhe von immerhin 76.000 €.

Lassen sie mich nun auf die von mir im Verwaltungsausschuss noch eingebrachten Investitionsansätze für die Einrichtung einer IGS zu sprechen kommen. Es ist mir klar, dass ich diese große Summe sehr kurzfristig in die Gremien eingebracht habe, aber es ist auch mir erst nach der Finanzausschusssitzung am 04.12.2013 deutlich geworden, welchen Investitionsbedarf die Umsetzung des notwendigen pädagogischen Konzepts für eine IGS erfordert. Und, meine Damen und Herren, es handelt sich hierbei nicht um eine „Goldrandlösung“.

Der von Herrn Kamermann vorgestellte Entwurf beinhaltet sowohl die vorhandene schulische Infrastruktur als auch den für eine IGS notwendigen Raumbedarf. Dies darf kein „Flickenteppich“ sein!

Es geht hierbei konkret um:

- 2,5 Mio. € in 2014 für die Erweiterung der THS und
- 1,1 Mio. € in 2016 für den Neubau einer Mensa in der Realschule.

Der Verwaltungsausschuss hatte die Entscheidung hierüber in den Rat verwiesen. In einer interfraktionellen Sitzung haben wir das pädagogische und architektonische Konzept ausführlich vorgestellt. Diese Sitzung hat am Montag, 16.12.13, stattgefunden und ich meine, die Experten haben hier ihre Konzepte schlüssig und nachvollziehbar erläutert. Ich bitte Sie daher eindringlich darum, bei der Abstimmung über den Haushalt die von mir eingebrachten Investitionssummen zum Wohle unserer Kinder mit zu beschließen.

Es bringt im Ergebnis kaum Vorteile, die Investitionen zum Beispiel über mehrere Jahre zu verteilen. Zum einen ist absehbar, dass selbst bei Aufteilung über mehrere Jahre Darlehen in Höhe der gesamten Investitionssumme aufgenommen werden müssten. Damit würde sich der Schuldenstand mittelfristig ohnehin auf dem gleichen Stand bewegen. Zum anderen ist es bei der Umsetzung des vorgestellten Konzeptes auch nicht möglich, die baulichen Maßnahmen in mehrere Bauabschnitte aufzuteilen. Und in Anbetracht des derzeit noch sehr

niedrigen Zinsniveaus ist es vielleicht sogar wirtschaftlicher, in 2014 ein Darlehen in gesamtter Höhe von 2,5 Mio. € aufzunehmen.

Mir ist natürlich klar, dass wir uns mit diesen Investitionen kontraproduktiv zum allseits gewünschten Schuldenabbau verhalten. Aber vergessen Sie bitte hierbei nicht die Tatsache, dass wir in die Verbesserung der Bildungsstruktur unserer jungen Generation investieren und sich Rotenburg damit interessanter als Wohn- und Gewerbestandort darstellen kann. Ein in Anbetracht der demographischen Entwicklung äußerst wichtiger Standortvorteil. Mittel- bzw. langfristig werden sich damit auch diese Investitionen durch Bevölkerungszuwachs und Ansiedelung von Gewerbebetrieben wieder amortisieren.

Wir im Rathaus und ich speziell, werden alles dafür tun, dass unsere IGS pünktlich zum kommenden Schuljahresbeginn hier an den Start gehen kann.

Damit bin ich dann schon beim Thema „Ausweisung von Wohnbaugebieten“.

Wie Sie dem Haushaltsentwurf entnehmen können, sind positive Jahresergebnisse im Ergebnishaushalt - sowohl in 2014 als auch mittelfristig - nur durch Erlöse aus dem Verkauf von Wohnbaugrundstücken darzustellen. Allein in 2014 gehen wir von einem Verkauf von 50 Wohnbaugrundstücken in den geplanten neuen Baugebieten Brockeler Straße und Stockforthsweg aus. Hierauf hatte ich bereits in meiner Rede zur Einbringung des Haushaltes hingewiesen und an Sie appelliert, die Planung für beide Baugebiete zügig und positiv zu begleiten. Lassen Sie mich an dieser Stelle nochmals nachdrücklich die Wichtigkeit der Entwicklung dieser beiden Baugebiete zum Ausdruck bringen.

Auf weitere Einzelheiten zum Haushalt möchte ich an dieser Stelle verzichten, da ich bereits in meiner Rede zur Einbringung des Haushaltes die wesentlichen Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2014 vorgestellt habe.

Nur noch so viel, dieser Haushalt und auch die mittelfristige Finanzplanung lassen trotz einer hohen Neuverschuldung auf eine erfreuliche Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskraft der Stadt hoffen. Von den Aufträgen der Stadt wird nicht zuletzt auch die heimische Wirtschaft erheblich profitieren und damit Steuereinnahmen und Arbeitsplätze sichern.

Eine Erkenntnis möchte ich auch noch ansprechen.

Die von der Mehrheitsgruppe beschlossene Erhöhung der Realsteuerhebesätze in 2013 hat sich aufgrund der nicht vorhersehbaren Einbrüche der Gewerbesteuererinnahmen im Nachhinein durchaus als positiv für die Finanzlage der Stadt dargestellt.

Ich möchte es nicht versäumen, mich ganz herzlich bei allen Beteiligten für das wirklich harmonische Beratungsklima zu bedanken. Die Empfehlung im Finanzausschuss und Verwaltungsausschuss zum Haushaltsentwurf war einstimmig und das erhoffe ich mir auch für die Abstimmung gleich im Rat, inklusive der von mir zusätzlich eingebrachten 2,5 Mio. Euro für die IGS.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich auch für das Vertrauen, das meinem Team und mir entgegengebracht worden ist. Ich meine Vertrauen in Bezug darauf, dass die einzelnen Haushaltsansätze, die sich im Haushalt nur in den Gesamtpositionen wiederfinden, nach besten Wissen und Gewissen zusammengestellt wurden und diese Mittel in der Ausführungsphase des Haushaltes auch verantwortungsvoll und sparsam verwendet werden.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses sind motiviert und sich Ihrer Verantwortung bewusst, sorgsam mit den Steuergeldern umzugehen. Ich hoffe sehr, Ihre im Laufe der beiden doppelten Jahre gesammelten Erfahrungen haben das in uns gesetzte Vertrauen nicht enttäuscht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte nun um Ihre Zustimmung für den Haushalt 2014.“

RF Bassen führt sodann zum TOP wie folgt aus:

„Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, heute wollen wir den Haushalt 2014 verabschieden.

Ihnen und Ihren Mitarbeitern Herr Bruns herzlichen Dank für die geleistete Arbeit, wir Alle wissen das sehr zu schätzen. Denn von der Vorstellung des Haushaltes bis jetzt hat sich doch einiges verändert, teils positiv, teils negativ.

Mein Dank geht auch an die vielen Ehrenamtlichen, wie z. B. an unsere Feuerwehr und die Ehrenamtlichen des Bürgerbusvereins.

Mit einiger Erleichterung stehe ich heute vor ihnen. Bei meiner letzten Haushaltsrede war das etwas anders. Worum ging es?

Die Mehrheitsgruppe von SPD und Grünen hatte 2013 die Gewerbe- u. Grundsteuer erhöht. Von der Opposition und vom Bürgermeister wurden wir hart kritisiert.

Originalaussagen von Herrn Bargfrede und vom Bürgermeister:

„Die Einnahmen der Stadt sind höher als je zuvor und in dieser Situation müsste man eher über Steuersenkungen nachdenken“. Auch der Bürgermeister war der Ansicht, Steuerhö- hungen sind das völlig falsche Signal. Die Lage werde sich nach den Prognosen noch ver- bessern. Uns wurde Finanzjonlage vorgeworfen!

Übrigens nachzulesen in der Rotenburger Rundschau aus Dezember 2012.

Entgegen aller Voraussagen sind die Gewerbesteureinnahmen eingebrochen. Das Ergeb- nis der Haushaltsplanungen wurde nicht einmal erreicht. Ohne die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer wären die Mindererlöse noch um 600.000 höher gewesen. Trotzdem kön- nen wir mit dem Abschluss des Haushalts 2013 durchaus zufrieden sein. Unsere Schulden haben wir um 1,9 Millionen abgebaut.

Der Ergebnishaushalt wird voraussichtlich mit einer schwarzen Null abschließen. Aber durch das Ergebnis der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen bleibt es bei dem voraus- sichtlichen Jahresüberschuss von 711.000 Euro.

Ich habe mir diese Zahlen noch einmal aktuell von Herrn Bruns bestätigen lassen

Auch der z.Zt. aktuelle Bestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 3,5 Millionen kann sich se- hen lassen.

Ich glaube, den Vorwurf, unsere Gruppe kann nicht mit Geld umgehen, haben wir in 2013 und in den Haushaltsberatungen 2014 durchaus widerlegt.

Einnahmen, meine Damen und Herren, sind nur begrenzt beeinflussbar.

Uns Allen war bekannt, dass in 2014 enorme Ausgaben auf uns zukommen, was da sind, Erwerb von Grundstücken, Neubau einer Turnhalle, div. Investitionen in Baumaßnahmen und Sanierungskosten auch für die Ortschaften.

Da war z.B. das Thema Straßenbeleuchtung. Daraus ergibt allein im Haushalt 2014 ein Ein- nahmenplus von 300.000 €. Die Einnahmen in den darauf folgenden Jahren hat Herr Weber ihnen bereits erläutert.

Im Personalbereich gibt es 2014 eine Erhöhung von ca. 550.000 €. Bedingt z.T. auch durch eine Personalaufstockung. Ausdrücklich möchte ich betonen, dieser Vorschlag kam von der Verwaltung. Nach einem Gespräch mit den Amtsleitern sind wir dem Vorschlag des Bgm gefolgt.

In der Sportausschusssitzung vom 28.11 wurden über 2 Beträge abgestimmt. Zum Einem ging es um 60.000 Euro für eine zusätzliche Flutlichtanlage des RSV. Eine der mündlichen Begründungen dazu war, dass Zuschauer nachmittags die Bundesliga im Fernsehen verfol- gen, und deswegen im Stadion weniger Besucher sind. Wir sahen die Ausgabe von 60.000 Euro als überflüssig an.

Zum anderen ging es ebenfalls für den RSV um 100.000 Euro. Leider gab es dazu nicht mal eine Grobaufstellung, wie das Geld genau verwendet werden soll.

Deshalb haben wir den Betrag erst einmal unter Sperrvermerk gestellt. Natürlich werden wir uns gegen notwendige Instandsetzungsarbeiten nicht sperren.

Kurze Anmerkung dazu, am 17. 12. bekamen wir dann eine Mail mit Argumenten für die Flut- lichtenanlage und ein Protokoll aus der Stadionbesichtigung durch den Niedersächsischen Fußballverband. Ich könnte mir aber vorstellen, dass die dort aufgeführten Mängel auch unter 100.000 Euro zu beseitigen sind.

500.000 Euro sollten als Investitionsanreiz für den sozialen Wohnungsbau in den Haushalt eingestellt werden. Im Antrag im September sogar rückwirkend. Auch das haben wir zurück- gestellt. Wir möchten zunächst erst einmal abwarten, wie sich die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Land und Bund entwickeln.

Meine Damen und Herren, sie Alle kennen die Auflistung der Investitionsmaßnahmen. Diese konnten wir durch die vorher genannten Punkte um 660.000 Euro verringern. Im Finanzausschuss wurde der Haushalt einstimmig angenommen. Das war am 4.12.13. Ja, und dann kam der Verwaltungsausschuss am 11.12.2013. Danach war es mit meiner am Anfang angesprochenen Erleichterung vorbei. Innerhalb einer Woche hatte sich das Kreditvolumen der Stadt um 2,5 Millionen erhöht wegen des Ausbaus der IGS. Leider gab es im Finanzausschuss vom 4.12. noch nicht einmal den Ansatz einer Vorwarnung. Dort waren übrigens noch 400.000 Euro im Haushalt eingestellt. Das Kreditvolumen der Stadt für 2014 war damit bei 6,2 Mio. angekommen.

Meine Damen und Herren, wir Alle wollten die IGS, wir Alle wussten, die IGS gibt es nicht umsonst. Leider gab es im VA und auch in der interfraktionellen Sitzung vom Bürgermeister keinen Vorschlag, an welcher Stelle im Haushalt noch Geld einzusparen wäre. Aus diesem Grund hat sich unsere Gruppe Gedanken gemacht. Wir werden folgenden Vorschlag machen und auch begründen: Der Bau der Turnhalle Theodor-Heuss-Schule wird um 1 Jahr verschoben. Die veranschlagten 2,5 Millionen werden für den Ausbau der IGS verwendet. Darüber haben wir auch mit Herrn Lühr Klee gesprochen, der sich auch nach einer Dienstversammlung mit unserem Vorschlag einverstanden erklärte. Es gibt nicht nur finanzielle Gründe den Neubau 1 Jahr zurückzustellen. Durch die Baustelle haben die Schülerinnen und Schüler einen beschränkten Bewegungsraum. Zusätzlich zum Abriss und Neubau der Turnhalle über längere Zeit keinen Sportunterricht. Aber es sprechen auch durchaus finanzielle Gründe für die Verschiebung um 1 Jahr. Schon allein die Zinsen, welche wir für 1 Jahr sparen. In 2015 bekommen wir dann auch den Zuschuss aus der Kreisschulbaukasse, das wird den Haushalt dann wieder entlasten. Meine Damen und Herren, wir hoffen sehr, dass sie unserem Vorschlag folgen und dem Haushalt zustimmen. Zum Abschluss noch ein paar ermunternde Wort für uns Alle: „Geld erwerben erfordert Klugheit; Geld bewahren erfordert Weisheit; und Geld richtig ausgeben ist eine Kunst. Dankeschön.“

Bgm Eichinger berichtet, der Leiter der THS, Herr Klee, habe ihm mitgeteilt, dass eine interne Dienstbesprechung ergeben habe, dass man mit der Zurückstellung des Turnhallenbaus um ein Jahr einverstanden sei. Er würde jedoch dringend davon abraten. Dies begründet Herr Klee damit, dass bei einer Fünfüzigkeit im kommenden Schuljahr etwa 150 Schüler/-innen hinzukämen. Für das Jahr 2015 bringe dies Probleme mit sich, wenn wegen des Umbaus die Turnhalle nur eingeschränkt zur Verfügung stehe. Alle Kinder könnten dann unmöglich „vernünftig“ beschäftigt werden.

Der Bgm bezieht sich dann auf eine Anfrage von RF Grafe, die von Kämmerer Bruns entsprechend beantwortet und zur Kenntnis an die Fraktionsvorsitzenden verschickt worden sei. Darin stellt StOAR Bruns sehr deutlich dar, dass eine Verschiebung der Haushaltsmittel keinen Sinn mache. Zwar bedeute dies kurzfristig eine Verbesserung der Situation, aber auf die mittelfristige Finanzplanung wirke sich dies nicht positiv aus. Eine Einsparung erreiche man lediglich mit der kompletten Streichung des Turnhallenbaus. Alles andere bedeute nur eine „Verschiebung des Problems“ und keine finanzielle Entlastung.

Sodann führt StOAR Bruns sehr ausführlich zu den Zahlen aus. Zunächst weist auch er darauf hin, dass eine Verschiebung des Turnhallenbaus keinen Sinn mache. Wenn beide Bauvorhaben in der vorgestellten Form umgesetzt werden sollen, mache eine Verschiebung keinen Unterschied, da viele andere Faktoren auch eine Rolle spielen, z. B. seien derzeit die Zinssätze sehr niedrig. Wie sich diese bis zum nächsten Jahr entwickeln, könne nicht vorhergesagt werden. Außerdem müsse bedacht werden, dass es den Zuschuss aus der Kreisschulbaukasse dann erst ein Jahr später gebe (in 2016). Für 2015 ergebe sich ein Defizit

von 3,7 Mio. Euro. Fakt sei, dass 2,5 Mio. Euro in Form eines Darlehens aufgenommen werden müssen. Dies gelte für das Jahr 2014 genauso wie für das Jahr 2015. Durch die Einstellung der Kreditermächtigung von 6,2 Mio. Euro in den Haushalt seien die Gelder nicht automatisch aufgenommen und ausgegeben. Es bliebe Zeit, um sich in 2014 intensiv mit den Planungen auseinander zu setzen. Er plädiert dafür, die beiden Beträge für 2014 zu veranschlagen, denn damit sei man im kommenden Jahr flexibel.

RH Bargfrede spricht wie folgt: „Dank und Anerkennung an Bürgermeister und sein Team, insbesondere an Kämmerer Bruns!

Insgesamt ist dies ein mit großer Umsicht aufgestellter Haushalt, der Rotenburg weiter voranbringen wird. Die bewährten Strukturen bleiben erhalten und werden weiter gestärkt. Der Haushalt basiert auf der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und in Niedersachsen. Auch im kommenden Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem wirtschaftlichen Wachstum und einem hohen Beschäftigungsstand. Bei diesen guten Rahmenbedingungen ist es durchaus verantwortbar, nach Jahren stetigen Schuldenabbaus im nächsten Jahr für umfangreiche Grundstückskäufe und größere Zukunftsinvestitionen neue Kredite aufzunehmen. Zumal wir uns zurzeit in einer historisch niedrigen Zinsphase befinden.

In Rotenburg kann man sehr gut leben und arbeiten. Das zeigt nicht zuletzt die ständig steigende Nachfrage nach Bauplätzen. Die Stadt muss diese Nachfrage endlich befriedigen. Deshalb ist es ganz wichtig, dass die Planungen für die Baugebiete Brockeler Straße und Stockforthsweg zügig zum Abschluss gebracht werden. Der vorgestern vom Bürgermeister in den Ruhestand verabschiedete Stadtplaner Werner Scholz hat auch in diese Planungen viel Herzblut investiert und hätte sie gerne selbst zum Abschluss gebracht. Werner Scholz hat unsere Stadt mit seiner Arbeit geprägt und voran gebracht. Wir haben ihm sehr viel zu verdanken!

Herr Bumann, ich freue mich, dass sie hier heute schon als sein Nachfolger die Ernennungsurkunde erhalten haben. Wir wünschen ihnen einen guten Start. Sie werden sich sicherlich zügig in die Aufgaben einarbeiten und wir freuen uns auf die weiterhin gute Zusammenarbeit.

Der Schwerpunkt der Investitionen liegt im nächsten Jahr in der Bildung und insbesondere bei der Theodor-Heuss-Schule. Die Schule bekommt für rund 2,5 Mio. Euro eine neue energiesparende, moderne Sporthalle. Darüber freuen sich auch die Rotenburger Sportvereine, insbesondere der TuS Rotenburg, der dann für den Spielbetrieb eine moderne Halle zur Verfügung habe. In dieser Niedrigzinsphase ist es nicht richtig, Bauvorhaben, die für erforderlich gehalten werden, zu verschieben. Damit spare man nichts.

Vom nächsten Schuljahr an kann man in Rotenburg nicht mehr die Hauptschule und nicht mehr die Realschule besuchen. Dafür wird an der Theodor-Heuss-Schule der erste Jahrgang der IGS eingeschult. Für die dafür erforderlichen Baumaßnahmen werden im Haushalt ebenfalls 2,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Aufgrund der erst spät erteilten IGS-Genehmigung konnte diese Summe mit den entsprechenden Baumaßnahmen erst vor wenigen Tagen vorgestellt werden. Der Bürgermeister hat uns mit den Schulleitern der THS und der Realschule davon überzeugt, dass diese Baumaßnahmen jetzt zügig in Angriff genommen werden müssen, damit die IGS wie geplant zum nächsten Schuljahresbeginn an den Start gehen kann. Die Ortschaften Mulmshorn, Unterstedt und Waffensen werden mit mehr Mitteln für laufende Ausgaben ausgestattet (60% Steigerung). Diese Mittel werden eigenverantwortlich von den Ortsräten eingesetzt, denen wir nachdrücklich für ihren ehrenamtlichen Einsatz danken. Was wäre unsere Stadt ohne ihre Ortschaften!

Sowohl die Grund- und Gewerbesteuern, wie auch die Elternbeiträge zu den Kindertagesstätten bleiben im nächsten Jahr stabil. Das ist eine wichtige Voraussetzung für unsere Zustimmung zum Haushalt.

Die Familienförderung bleibt ein Schwerpunkt der Stadtpolitik: Den Eltern steht in Rotenburg und den Ortschaften ein vielfältiges Angebot an städtischen, kirchlichen und freien Kitas zur

Verfügung. Insbesondere der Krippenausbau wurde bedarfsgerecht vorangetrieben. Die Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Krippenplatz war in Rotenburg niemals ein Thema. Allerdings müssen wir insbesondere bei den Krippen auf die Qualität der Betreuung achten. Hier ist das Land gefordert. Es ist schade, dass das Land auch im nächsten Jahr nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für die dritte Betreuungskraft in den Krippengruppen schaffen wird. Die Finanzierungsvorschläge der CDU-Landtagsfraktion wurden leider nicht aufgegriffen.

Unsere Stadt lebt vom ehrenamtlichen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger. Ihre Arbeit in den Vereinen, Verbänden und Kirchengemeinden wird von der Stadt nach Kräften unterstützt. Das gilt insbesondere für die Bereiche Sport, Kultur und Soziales.

Vier aktuelle Hinweise, die im nächsten Jahr anstehen:

- 40 Jahre Partnerschaft mit der Gemeinde Aalter/Belgien;
- Der Bürgerbus rollt dank eines überaus rührigen Vereins weiter durch unsere Straßen und wird von immer mehr Bürgern benutzt;
- Es sind am 6. Dezember 25 Jahre vergangen, seit die ersten Spätaussiedler nach Rotenburg kamen. Sie sind eine Bereicherung für unsere Stadt. Anfang April wird es eine entsprechende Feierstunde geben.
- Das Rudolf-Schäfer-Haus, das älteste Haus unserer Stadt, wird zurzeit auch im Inneren umfassend saniert. Der Vorstand des Rudolf-Schäfer-Vereins wird ständig beteiligt. Er erfüllt das ehrwürdige Haus mit Leben. Gut, dass wir diesen jungen Verein haben.

Die in den Fachausschüssen vorgenommenen Veränderungen werden von der CDU-Fraktion mitgetragen. Wir sind auch der Meinung, dass die vom Bürgermeister im Haushaltsentwurf vorgesehenen 100.000 Euro für Instandsetzungen im Ahe-Stadion und 60.000 Euro für ein Stadion-Flutlicht wie vorgesehen im Haushalt bleiben sollten.

Davon haben sich die Mitglieder des Sportausschusses bei einem Vor-Ort-Termin und einer Sitzung im Sportlerheim mit Mitgliedern des RSV-Vorstandes und Herrn Ahrens vom Bauamt im Grundsatz überzeugen können.

Die 100.000 Euro-Investition ist vor allem für die vollständige Erneuerung des Zaunes am Waldrand vorgesehen. Sie wurde auch im Protokoll der NFV-Platzabnahme verlangt bzw. vorgeschlagen. In diesem Zuge sollen auch die zur Verkehrssicherheit erforderlichen Arbeiten an der Stehplatztreppe vorgenommen werden. Über die Gestaltung der geforderten Abtrennung der Gästefans bei sogenannten Risikospielen wird im Sportausschuss noch zu beraten sein. Nicht enthalten ist in dieser Summe eine Erneuerung eines wackeligen Ballfangaunes hinter einem der Tore.

Die im Finanzausschuss vom RSV verlangte Begründung für die Stadion-Flutlichtanlage ist inzwischen geliefert worden. Das Hauptargument ist die gesamte Organisation und Planung des Trainings- und Spielbetriebes. Allein für den RSV sind heute zwanzig Mannschaften wöchentlich im Trainings- und Spielbetrieb, darunter zwölf Jugendmannschaften. Hinzu kommen die Herren- und Jugendmannschaften von Fortuna und die Anforderungen der weiteren Vereine bis zu den Leichtathleten des TuS.

Die auf Nebenplätzen vorhandenen beiden Flutlichtanlagen reichen nicht aus. Ein Beispiel: Die Punktspiele der S-40-Altherrenmannschaften finden dienstags abends unter Flutlicht statt. Dann müssen sich vier Mannschaften den zweiten Flutlichtplatz für das Training teilen. Ein unhaltbarer Zustand.

Das zweite Argument: Die Punkt- und Pokalspiele könnten mit Flutlicht im Stadion auch wochentags ausgetragen werden. In Celle tritt die erste Herren des RSV z.B. grundsätzlich freitags an. Das Lokalderby der Landesliga Ahlerstedt gegen Heeslingen fand unter der Woche vor 500 Zuschauern bei Flutlicht in Ahlerstedt statt.

Drittes Argument:

Mit einer leistungsfähigen Flutlichtanlage wäre es sehr viel leichter, wieder einmal Damen- oder Juniorenländerspiele nach Rotenburg zu holen, oder auch eine Bundesligamannschaft für ein Trainingslager in unserer Kreisstadt zu gewinnen.

Aber: Das Hauptargument für das Flutlicht sind die Anforderungen des Trainings- und Spielbetriebes aller Mannschaften und Vereine.

Eine Verschiebung um ein Jahr würde angesichts der niedrigen Zinsen keine Ersparnis bringen und keinen Sinn machen.

Deshalb unser Antrag: die 60.000 Euro für das Flutlicht wieder in den Haushalt einsetzen! Die beiden anderen Bauvorhaben zur Schule sollten im Haushalt 2014 berücksichtigt werden. Dies ist durchaus verantwortbar.  
Wir werden diesem Haushalt so zustimmen. Danke.“

RH Kohlmeier äußert: „ Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Damen und Herren Ratsmitglieder, Gäste und Pressevertreter!  
Vorab möchten wir auch dieses Jahr an dieser Stelle unseren Dank an die Verwaltung, stellvertretend an Herrn Bürgermeister Eichinger, sowie an unseren Stadtkämmerer, Herrn Bruns, mit seinem Team aussprechen, die mit Tatkraft zur guten Entwicklung der Stadt Rotenburg beigetragen haben, und uns bei allen Fragen unkompliziert unterstützt haben.

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns, es wurde viel diskutiert und mit harten Bandagen gekämpft, aber schlussendlich haben wir fast immer die richtigen Entscheidungen für Rotenburg treffen können.

Im letzten Jahr wurden die Grund- und Gewerbesteuern durch die Mehrheitsfraktion um 20 Punkte erhöht, mit dem Versprechen die Mehreinnahme zum Schuldenabbau zu verwenden, bzw. um Rücklagen für zukünftige Investitionen zu bilden.

Dieses wollten wir mit unserem Antrag auf entsprechenden Schuldenabbau auch sicherstellen, weil wir bisher keine konkreten Einsparungen feststellen konnten.

Jetzt hat eine Entwicklung bei der Grund- und Gewerbesteuer stattgefunden, die so nicht vorhersehbar war, durch die Abrechnung der vorangegangenen Jahre hat sich eine nicht unerhebliche Minderung gegenüber der Prognosen ergeben.

Daher könnte man jetzt meinen, dass es richtig war die Steuern zu erhöhen. Für die Stadt in diesem Jahr sicherlich, jedoch langfristig gesehen, könnten sich daraus negative Folgen für den Wirtschaftsstandort entwickeln, so dass es aufgerechnet zu null auf gehen wird, gerade durch den Wegfall des Wettbewerbsvorteils.

Weiterhin sehen die Prognosen der führenden Wirtschaftsinstitute positiv aus, und es ist mit einem Wirtschaftswachstum zu rechnen, lassen Sie uns hoffen, dass das auch für den Standort Rotenburg gelten wird.

Richtig ist, dass wir im Vergleich mit Rotenburg zu anderen vergleichbaren Kreisstädten wenig Schulden haben, wenn wir berücksichtigen, dass es sich beispielsweise bei den Ausgaben für Grundstückskäufe um „rentierliche Schulden“ handelt. Wir bekommen den Kaufpreis später wieder. Das gilt auch für einen Teil der Erschließungskosten und unter dem Strich geht die Stadt mit einem nicht unerheblichen Gewinn heraus.

Trotzdem ist unser Schuldenstand höher als uns auf Dauer lieb sein kann. Viele Baumaßnahmen in den letzten Jahren haben unsere Steuereinnahmen verbraucht, ohne dass wir vorher damit rechnen konnten. Insoweit verweise ich nur auf die notwendigen Sanierungsarbeiten im Rathaus und in den Schulen. Diese Kosten waren nicht eingeplant bzw. nicht einplanbar.

Das muss nach Auffassung der Arbeitsgruppe dazu führen, dass wir im nächsten Jahr, nach Vorbereitung im Fachausschuss, eine verlässliche Vorplanung für die nächsten Jahre aufstellen.

Darin müssen die Bauvorhaben aufgeführt werden, die anstehen. Es muss eine Bewertung hinsichtlich der Reihenfolge erfolgen und die Kosten müssen – nach heutigem Stand – eingeschätzt werden. Nur so sind in den Folgejahren eine verlässliche Haushaltsplanung und der Rückbau der Schulden möglich.

Dass es Prioritäten gibt, hat die Arbeitsgruppe in den Haushaltsberatungen und davor gezeigt. Wir haben unseren Antrag auf Bau einer Parkpalette am Bahnhof zurückgenommen, weil diese zurzeit nicht finanzierbar wäre.

Ebenso haben wir beantragt und im Finanzausschuss beschlossen, dass die Mittel zur Förderung im „sozialen“ Wohnungsbau nicht in den Haushalt eingestellt werden, ehe nicht die vertraglichen Modalitäten und die Bedarfslage geklärt ist.

Des Weiteren wurde im Finanzausschuss beschlossen die Baukosten für eine neue Flutlichtanlage am Sportplatz in der Ahe zurückzustellen. Nicht alle diese Beschlüsse wurden von allen anderen Fraktionen mitgetragen.

Wir weisen zum wiederholten Male darauf hin, dass Rotenburg sich viele freiwillige Leistungen gönnt, die auch in diesem Haushalt wieder mehr geworden sind als früher. Das gilt insbesondere für den Bereich des Sports und der Kultur.

Wir haben den Eindruck, dass in vielen Fällen die Leistungsempfänger nicht bedenken, dass diese Leistungen in wirtschaftlich schlechten Zeiten die ersten sein werden, die gestrichen werden müssen. Es soll sich also niemand darauf verlassen, dass diese Gelder immer in dieser Höhe gewährt werden können.

Probleme sehen wir bei der Finanzierung von Leistungen, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Rotenburg fallen. Es sind zurzeit insbesondere die Ausgaben für das geplante Tierheim.

Zuständig dafür ist der Landkreis. Ein Zuschuss der Stadt in Form der Schenkung eines Grundstücks und finanzieller Mittel ist nach unserer Auffassung nur zur rechtfertigen, wenn sich der Landkreis und die anderen Gemeinden im Landkreis in entsprechender Höhe ebenfalls beteiligen.

Es bleibt anzumerken das wir grundsätzlich bereit sind diese Leistungen zu unterstützen, aber aufgrund der zu erwartenden Haushaltsentwicklung, muss alles stimmig sein.

Vor wenigen Tagen hat die Verwaltung einen Nachschlag gefordert, in Höhe von 2,5 Millionen Euro für die notwendigen Bau- bzw. Umbaumaßnahmen im Bereich der Theodor-Heuss-Schule für die geplante IGS.

Ohne die Verwirklichung dieser Maßnahme ist angeblich der Schulbetrieb für das Schuljahr 2014/2015 nicht möglich. Diese Forderung ist höchst problematisch.

Selbstverständlich wäre es schön, wenn im Herbst 2014 die IGS den Betrieb aufnehmen könnte. Die Vorplanungen kennen wir Ratsmitglieder aber erst seit wenigen Tagen, ebenso die geplanten Kosten. Eine ernsthafte Überprüfung war bisher nicht möglich.

Zu dem bestehen erhebliche Bedenken, ob die Umsetzung der Planung überhaupt rechtzeitig gelingen kann. Mit der Baugenehmigung wird wohl nicht vor Ende Januar 2014 gerechnet werden können. Dann muss die Ausschreibung erfolgen.

Das Ergebnis werden wir nicht vor Ende Februar kennen. Dann müssten die Aufträge verteilt und ausgeführt werden, in einem Zeitraum von nur 5 bis 6 Monaten. Das kann nur gelingen, wenn es nicht Probleme mit dem Wetter gibt wie in diesem Jahr, und wenn es genügend freie Kapazitäten im Handwerk gibt.

Gerade insoweit habe ich erhebliche Zweifel aufgrund meiner eigenen Kenntnisse. Die meisten Handwerksbetriebe aus der Region sind bis Mitte des Jahres 2014 schon jetzt gut ausgelastet.

Nach Aussage aus der Interfraktionellen Sitzung vom vergangenen Montag, wäre es fatal, wenn die IGS keinen ordentlichen Start hinlegt, es wurde von einem Bilderbuchstart gesprochen.

Es ist daher meines Erachtens ratsam, ernsthaft darüber nachzudenken, wie die IGS den Betrieb rechtzeitig zum Schuljahr 2014/2015 aufnehmen kann und wie die erforderlichen Beschleunigungsmaßnahmen erbracht werden können.

Uns ist die IGS sehr wichtig, sie stärkt uns als Wirtschaftsstandort. Durch diese Schulform steigern wir die Attraktivität der Stadt, wirken dem Fachkräftemangel durch Zuzug von Familien entgegen, erhöhen die Kaufkraft und wirken auch dem demografischen Wandel entgegen und schlussendlich erhöhen wir den Verkauf von Baugrundstücken und wirken somit der Verschuldung entgegen.

Wir wollen jetzt nicht diejenigen sein, die hier den Startschuss für die IGS im nächsten Jahr verhindern, und es soll letztendlich auch nicht an unserer Stimme scheitern, aber aus vorab genannten Gründen tun wir uns sehr schwer, eine einvernehmliche Entscheidung zu treffen. Ich habe meiner Arbeitsgruppe die Entscheidung für ein pro oder contra zur Haushaltsaufstockung von 2,5 Mio. € freigestellt. Wir werden somit spontan reagieren.

Dem ansonsten im Finanzausschuss einstimmig verabschiedeten Haushaltsplan 2014 werden wir selbstverständlich geschlossen zustimmen.

Wir hoffen nunmehr, dass alle Ratsmitglieder die richtige Entscheidung für die Stadt, die Bürgerinnen und Bürger, sowie für unsere Unternehmen treffen werden.“

BG Radtke dankt dem Bgm für die Erkenntnis, dass die Entscheidung zur Erhebung der Steuersätze im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 dazu geführt habe, dass diese zu einer erheblichen Verbesserung des Haushaltes 2013 geführt habe, als ursprünglich prognostiziert worden sei.

Zum Haushalt 2014 spricht er die Flutlichtanlage für den Sportplatz an. Er habe sich mit dem Thema auseinandergesetzt und sehe nach wie vor keine Verpflichtung oder einen dringenden Handlungsbedarf, die Anlage umzusetzen. Dies seien 60.000 Euro, die im Haushalt 2014 nicht mehr „übrig“ seien.

In Bezug auf den Stellenplan habe die Mehrheitsgruppe bereits in den letzten Haushaltsberatungen zu einer Änderung im Bereich des Umweltschutzes geraten. Diese und weitere Änderungen im Stellenplan werden nun von der CDU-Fraktion mitgetragen. Dies sei wohl ein Zeichen dafür, dass die Mehrheitsgruppe auch im vergangenen Jahr schon „auf dem richtigen Weg“ gewesen sei.

Dass eine IGS für Rotenburg gewollt sei, stehe außer Frage. Fraglich sei jedoch, ob eine Neuverschuldung riskiert werden und der Schuldenstand dadurch auf über 25 Mio. Euro erhöht werden soll.

BG Radtke bittet die Anwesenden, im Finanzhaushalt die Zahlen, die er nun nennen werde, nachzuvollziehen. Er geht auf die einzelnen Zahlen ein.

Anschließend äußert er, dass die Überlegung der Mehrheitsgruppe, eine Neuverschuldung nicht vorzunehmen, sicherlich richtig sei. Natürlich tue man der Wirtschaft etwas Gutes durch die Investition in ein Bauvorhaben. Wenn es der Wirtschaft nicht gut gehe, soll nach der offiziellen Wirtschaftslehre von der öffentlichen Hand investiert werden. Im Jahr 2009 seien mit 9,2 Mio. Euro die höchsten Investitionen der Stadt jemals gemacht worden. In Zeiten also, in denen es der Wirtschaft nicht gut ging. In Zeiten hingegen, in denen es der Wirtschaft gut gehe, funktioniere das Ganze andersrum. Was nun im Jahr 2014 an Investitionen geplant sei, könne für die Wirtschaft und damit für die Bauvorhaben nicht gut sein.

BG Radtke spricht daraufhin die Neubaugebiete Brockeler Straße und Stockforthsweg an. Er sei sehr verwundert, dass seit September nichts mehr passiert sei. Erst habe eine große Eilbedürftigkeit bestanden und es mussten unbedingt Entscheidungen getroffen werden, nun sei nach seiner Auffassung, seit der letzten Sitzung des Planungsausschusses im September nichts mehr passiert. Er sei davon ausgegangen, dass Dipl.-Ing. Scholz diesbezüglich noch eine Sitzung des Planungsausschusses zum Jahresende mache. Nichts sei passiert. Nachdenklich sollte im Übrigen auch machen, dass von der Tierklinik eine Klage eingehen werde. Dann sei ein Verkauf der Grundstücke am Stockforthsweg nicht möglich.

Zum Stellenplan beantragt er der Empfehlung des Verwaltungsausschusses vom 11.12.13 zu folgen. Dies bedeute, dass die Stelle für Grundsatzangelegenheiten eine A 13-Stelle bleibe und keine Stellenabsenkung erfolge.

Zum Turnhallenbau der THS beantragt er, den Betrag von 2,5 Mio. Euro ins Jahr 2015 zu schieben, da man damit die Chance habe, zinsmäßig „besser weg zu kommen“. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Umbau der Turnhalle bis zum Schuljahresbeginn zu schaffen sei. Jedem sollte klar sein, dass es sich da nur um eine provisorische Lösung handeln könne und dass mit Einschränkungen im Schulbetrieb über längere Zeit ohnehin zu rechnen sei.

Bgm Eichinger ist verärgert über die Aussage des BG Radtke in Bezug auf Dipl.-Ing. Scholz. Dieser habe es nicht verdient, dass so über seine Arbeit gesprochen werde. Schließlich könne BG Radtke nur aus der Theorie „philosophieren“ und zu einem Versäumnis sei es durch Dipl.-Ing. Scholz ganz sicherlich nicht gekommen.

BG Radtke verweist auf den Gesamtfinanzplan, in dem für 2015 ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 3,8 Mio. € ausgewiesen sei. Damit müsse sich in 2015 dann doch die Finanzierung der Turnhalle ohne Kredit darstellen lassen.

StOAR Bruns geht auf die Darstellungen von Herrn Radtke ein und führt aus, dass diese so nicht zutreffend seien. Zum einen müsse der Finanzplan auch bis zum Ende gelesen wer-

den. Denn von dem Finanzmittelüberschuss müsse noch die Kredittilgung abgezogen werden und dann errechne sich ein Kassenmittelbestand von nur noch rund 1,7 Mio. €. Zum anderen müsse logischerweise doch auch berücksichtigt werden, dass die 2,5 Mio. € für die Turnhalle durch die Verschiebung noch als Auszahlung zusätzlich in 2015 zu Buche schlagen und außerdem fehle dann auch in 2015 die Einnahme aus der Kreisschulbaukasse über 1.250.000 €. Durch die Verschiebung um ein Jahr fließe diese Zuweisung nämlich erst in 2016 in den städt. Haushalt. Saldiert ergebe sich damit dann in 2015 ohne Kreditaufnahme ein Minus von rund 2,0 Mio. €. Von einem Überschuss -wie von Herrn Radtke behauptet- könne daher überhaupt nicht die Rede sein.

BG Leefers bittet um getrennte Abstimmung über die drei gestellten Anträge.

StOAR Bruns plädiert erneut an den Rat, die Gelder in den Haushalt 2014 einzustellen und ihm zu glauben, dass es keinen Sinn mache, die 2,5 Mio. Euro für den Turnhallenbau um ein Jahr zu verschieben.

Er gibt in dem Zusammenhang an, dass eine Kreditaufnahme 2014 bei der KfW für eine Laufzeit von 10 Jahren bei derzeit 1,93 % Zinsen vorgenommen werden könnte. Im Jahr 2014 stehe ein Darlehen zur Ablösung an. Da jedoch die Mittel für die Ablösung nicht vorhanden seien, könnte das Darlehen um weitere drei Jahre verlängert werden. Im Jahre 2017 gebe es nach heutiger Finanzplanung einen Überschuss, so dass das restliche Darlehen dann in Höhe von 2,5 Mio. abgelöst werden könnte. Dies sei dann eine außerordentliche Tilgung, die neben der ordentlichen Tilgung den Schuldenstand um einiges reduzieren könnte. Dies seien jedoch derzeit nur Spekulationen. Man müsse abwarten, wie sich die finanzielle Situation entwickeln werde.

Nach kurzer weiterer Diskussion bemängelt BG Radtke, diese Informationen nicht im Vorfeld erhalten zu haben. Er sei nach wie vor der Meinung, dass die Ausgangsdaten für 2014 besser seien als für 2015, deshalb müsse eine Verschiebung des Bauvorhabens Turnhalle doch etwas bringen.

BG Weber beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Bgm Eichinger bittet vorher um das Wort. Sodann ergreift er das Wort; er sei sehr enttäuscht über die seit einer Stunde andauernde Diskussion in dieser Angelegenheit. Er vermisse nämlich den Pioniergeist, die Euphorie und das positive Denken des Stadtrates, der doch eine IGS haben wolle.

Nach über 20 Jahren soll Rotenburg eine IGS erhalten und im Stadtrat werde in „kleinkrämerischer Art und Weise“ über Dinge diskutiert. Man suche nach einem Schuldigen, warum das insgesamt Alles so lange gedauert habe, man glaube dem Kämmerer StOAR Bruns nicht. Er sei enttäuscht, dass keine Sitzung abgehalten werde, in der man sich, nach dem Erhalt der Genehmigung für die IGS, darüber freue. Hier werde etwas Positives für Rotenburg bewegt und man rede über Dinge, die „nicht gehen und nicht sein könnten“. Darüber solle der Rat in der sich nun anschließenden Sitzungspause einmal nachdenken.

Auf Bemerkung aus den Reihen des Rates, dass dies Demokratie sei, äußert der Bgm, dass dies keine Demokratie sei.

Stellv. RV Roß-Luttmann unterbricht die Sitzung um 22.15 Uhr.

Nach Fortsetzung der Sitzung um 22.35 Uhr führt BG Weber aus, dass die Realisierung einer IGS in Rotenburg und auch der Turnhallenbau an der THS grundsätzlich gewollt seien. Die Einstellung eines Betrages für die Flutlichtanlage (60.000 Euro) sei hingegen nicht gewollt. Die Mehrheitsgruppe möchte sachgerecht mit den Haushaltsmitteln umgehen. Man befürchte keinen zeitlichen Verzug, wenn die 2,5 Mio. Euro noch nicht in den Haushalt 2014 eingestellt werden und es von StOAR Bruns schriftliche Informationen über seine gemachten Aussagen zu den Finanzen gebe. Im Rahmen eines Nachtragshaushaltes könne dann im Januar in einer Ratssitzung darüber befunden werden. Abschließend äußert er, dass es nicht zu einem Streit in dieser Sitzung hätten kommen müssen, hätten im Vorfeld alle Informationen vorgelegen.

Bgm Eichinger rät von der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes, noch bevor der eigentliche Haushalt 2014 genehmigt worden sei, ab. Die Genehmigung liege erfahrungsgemäß erst etwa im März 2014 vor.

Er bittet darum, die 2,5 Mio. Euro für den Turnhallenbau THS im Haushalt zu belassen. Nach Ausführungen zum Planungsverfahren (Vergabe an ein Planungsbüro) schlägt er vor, den Betrag mit einem Sperrvermerk zu versehen. So sei zumindest sichergestellt, dass die Ermächtigung im Haushalt enthalten sei.

BG Weber greift den Vorschlag auf und ergänzt, den Betrag mit dem Sperrvermerk „Freigabe durch den Rat“ zu versehen. Dies solle dann an die Bedingung geknüpft werden, dass die entsprechenden Unterlagen von StOAR Bruns zu den Finanzen vorgelegt werden.

Nach weiterer Beratung bittet stellv. RV Roß-Luttmann zur Abstimmung zu kommen. Sie bittet um Klärung des Abstimmungsverfahrens, da einige Anträge im Rahmen der Diskussion gestellt worden seien.

Nach kurzer Beratung darüber, bittet sie um Abstimmung des weitergehenden Antrages (in Bezug auf die VA-Empfehlung) von BG Weber, die Haushaltsmittel in Höhe von 2,5 Mio. Euro für den Turnhallenbau THS mit einem Sperrvermerk „Freigabe durch den Rat“ zu versehen. Der Beschluss ist geknüpft an die Bedingung, die Unterlagen von StOAR Bruns zu erhalten, die Aufschluss über die Zahlen geben.

**Beschluss:**

Der Rat stimmt bei 1 Enthaltung einstimmig zu.

Stellv. RV Roß-Luttmann bittet daraufhin um Abstimmung über den Antrag des RH Bargfrede, für die Flutlichtanlage am Sportplatz In der Ahe einen Betrag in Höhe von 60.000 Euro wieder in den Haushalt einzustellen.

**Beschluss:**

Der Rat stimmt bei 2 Enthaltungen mehrheitlich gegen den Antrag des RH Bargfrede.

Anschließend bittet stellv. RV Roß-Luttmann über den Haushaltsentwurf 2014 mit der Änderung auf Basis der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vom 11.12.13 zu entscheiden.

Der Bgm weist darauf hin, dass er mitstimmen werde. Er verweist jedoch auf das vorliegende Schreiben vom 12.12.13, in dem die Rechtsauffassung der Stadt zur A 13-Stelle genannt werde. Das Ganze werde über die Kommunalaufsicht geprüft. Wenn er nun mitstimme, erfolge dies in dem Wissen, dass dem Rat dieses Schreiben vorliege.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt einstimmig mit der Änderung die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014 und die mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm in der Fassung der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses vom 11.12.2013 und den Stellenplan 2014 mit der Änderung, die Stelle für Grundsatzangelegenheiten nicht von A 13 nach A 12 herabzustufen.

Inhalt dieses Beschlusses sind auch die Haushaltsvermerke gemäß § 4 Abs. 3 Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (Budgetbildung) sowie die Budgets für die Ortschaften 2014.

RF Dr. Schumann-Mößeler bedankt sich dafür, dass nun die IGS auf den Weg gebracht werden könne. Ihre Stellungnahme beendet sie mit dem Zitat „Es gibt nur eins was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“.

RF Bassen überreicht zum Abschluss ein Präsent als Dank an den Kämmerer, StOAR Bruns.

---

**TOP 19 Personalangelegenheit; Beförderung der Stadtinspektorin Marina Nowakowski zur Stadtoberinspektorin**

VorlNr.  
0484/2011-2016

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig, Frau Marina Nowakowski zur Stadtoberinspektorin zu befördern und sie ab 01. Januar 2014 in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 10 einzuweisen.

---

**TOP 20 Anzeige einer Nebentätigkeit des Bürgermeisters**

VorlNr.  
0486/2011-2016

**Kenntnisnahme:**

Der Rat der Stadt Rotenburg (W.) nimmt davon Kenntnis, dass Herr Detlef Eichinger als Bürgermeister weiterhin und damit nunmehr ununterbrochen seit 2002 die Mitgliedschaft im Kommunalen Gesprächskreis der Deutschen Bank AG, Region Niedersachsen, wahrnimmt.

Nach der z. Zt. geltenden Geschäftsordnung für den Kommunalen Arbeitskreis der Deutschen Bank AG endet die Mitgliedschaft mit dem Ausscheiden aus dem öffentlichen Amt.

---

**TOP 21 Mitteilungen und Anfragen**

VorlNr.

---

**TOP 21.1 Planfeststellungsverfahren Flutbrücke; Antrag der FDP vom 06.12.2013**

VorlNr.

Bgm Eichinger bezieht sich auf den Antrag der FDP vom 06.12.13 zum Planfeststellungsverfahren nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz für Brückenneubau der Eisenbahnüberführungen einer Flutbrücke. Er habe die Unterlagen dazu vor der Sitzung an alle Ratsmitglieder verteilen lassen.

RH Lesch erkundigt sich danach, warum die Angelegenheit in der Kreiszeitung am 13.11. zu lesen gewesen sei, ohne dass der Rat sich damit vorher befasst habe.

Der Bgm führt kurz zu dem Planfeststellungsverfahren aus. Die Stadt sei bei diesem Verfahren nur Beteiligter und kein Träger des Verfahrens.

---

**TOP 21.2 Wichtige VA-Beschlüsse**

VorlNr.

Bgm Eichinger verliest die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses:

Für die Fassade des Rotenburger Bahnhofs wird der Auftrag für das Anbringen des Wärmedämmverbundsystems (einschl. Gerüstbau- und Trockenbauarbeiten) an die Firma Leefers Malereifachbetrieb, Waffensen, vergeben. Der Auftrag für die Fliesenlegerarbeiten geht an den Fliesenlegermeisterbetrieb Mahler GbR, Scheeßel.

Die 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 55 A – Glockengießerstr. - West – im Teilbereich Wallbergstr. 11/13 wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB beschlossen. Die öffentliche Auslegung des Planentwurfs mit Begründung erfolgt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

### **TOP 21.3 Schufa-Auskunft über Gewerbebetriebe**

VorlNr.

---

RF Bassen erkundigt sich nach der Möglichkeit bei öffentlichen Ausschreibungen eine Schufa-Auskunft für unbekannte Handwerksbetriebe einzuholen. Sie stellt die Frage in Bezug auf das Geschehen mit der Firma für die Bahnhofsfassade.

Der Bgm führt dazu aus und verdeutlicht, dass diese Auskunft nur eine „Momentan-Situation“ aufzeige. Auf eine spätere Insolvenz könne die Auskunft jedoch nicht hinweisen. In den bestehenden Vergaberichtlinien werde dies ohnehin mit geprüft.

### **TOP 21.4 Baumarbeiten in der Goethestraße**

VorlNr.

---

BG Radtke berichtet, dass an den Akazienbäumen in der Goethestraße Arbeiten stattgefunden haben. Bei diesen Arbeiten seien auch Wurzeln der Akazien entfernt worden. Herr Mante wusste auf Anfrage nichts von diesen Arbeiten. Er fragt, wer den Auftrag erteilt habe.

Der Bgm berichtet, dass die Firma Gerken den Auftrag vom Tiefbauamt erhalten habe. Die Wurzeln der Bäume mussten entfernt werden, weil sie an sich und durch das Hockdrücken der Pflasterungen Gefahrenquellen verursachten.

BG Radtke weist darauf hin, dass dies Einfluss auf die Standfestigkeit der Bäume habe. Er bittet darum, Herrn Mante diesbezüglich anzusprechen. Er möchte bereits vor der Protokollantwort eine Information erhalten.

#### Antwort im Protokoll:

Herr Mante teilt mit, dass das Beseitigen von oberflächennahen Baumwurzeln, durch die das Straßen- und Wegepflaster hochgedrückt wird, seit Bestehen der Bäume in den Straßen gängige Praxis ist.

Eine andere Möglichkeit, die Verkehrssicherheit der öffentlichen Flächen im Bereich der Bäume zu gewährleisten gibt es nicht. In der Praxis ist in Rotenburg noch kein Baum umgefallen, nachdem die oberflächennahen Wurzeln beseitigt wurden.

Alternativ sollte auf die Pflanzung von großen Bäumen im Verkehrsbereich verzichtet werden, da alle Bäume oberflächennahe Wurzeln ausbilden, durch die das Pflaster hochgedrückt wird.

### **TOP 21.5 Seitenzahlen in der Tagesordnung**

VorlNr.

---

BG Radtke schlägt vor, in der Tagesordnung von Sitzungen künftig die Seitenzahlen zu vermerken, auf denen die Vorlage in der Einladung zu finden sei.

Dies erspare bei umfangreichen Einladungen viel Sucherei. Er meint, dass dies vor längerer Zeit schon einmal diskutiert worden sei.

Der Bgm sagt eine Weitergabe der Anregung an das Fachamt zu.

**TOP 21.6 Dank und Weihnachtswünsche**

VorlNr.

---

RH Lüttjohann bedankt sich bei der Verwaltung im Namen des Ortes Unterstedt für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2013. Es sei teilweise ein sehr anstrengendes Jahr gewesen und er erhoffe sich für das neue Jahr, einen angenehmeren Konsens zu finden. Er wünscht schöne Weihnachtstage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

**TOP 21.7 Zaun des Herrn Pölkner**

VorlNr.

---

RH Lauber erkundigt sich nach dem Zaun des Herrn Pölkner in Richtung Fußgängerzone. Der Zaun sei in einem schlechten Zustand. Herr Pölkner sollte darum gebeten werden, Abhilfe zu schaffen.

Der Bgm erklärt, dass eigentlich erst etwas unternommen werden könne, wenn der Zaun eine Gefahr darstelle. Er werde sich jedoch mit Herrn Pölkner in Verbindung setzen.

Stellv. RV Roß-Luttmann schließt um 23.10 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.